

cruben im Rohzucker mit einer überhöhten Förderung von über 7 Millionen Tonnen. An zweiter Stelle stehen die Fabrikanten von Friedrich Bayer in Leverkusen mit einer Zweifelhals in Elberfeld (rund 12.000 Arbeiter). Die Firma Bayer produziert 21 Prozent der deutschen Farben und angesehene Mengen pharmazeutischer Präparate wie Salvarsan und das neue Mittel gegen die Schlafkrankheit (von dem erst kürzlich ein Auftrag der britischen Regierung in Höhe von 500 Tonnen einging). Auch die beiden zährliche Hilfsbetriebe.

Es folgt die Berliner Aktien-Gesellschaft für Anilinfabrikation mit Filialen in Lichtenberg und Bitterfeld. Dieses Unternehmen beschäftigt insgesamt 10.000 Arbeiter. Auf ihren Anteil entfallen zwar nur 11 Prozent der deutschen Farbenproduktion, dafür steht sie an erster Stelle in der Filmindustrie und in der Fabrikation von Kunstseide. Die Aktien-Gesellschaft für Anilinfabrikation baut angeblich eine neue Fabrik für Kunstseide, für die eine Belegschaft von 3000 Arbeitern in Aussicht genommen ist. Auch diese Gesellschaft verfügt über Hilfsbetriebe und Kohlengruben.

Ein vierter und fünfter Stelle folgen die Höchster Farbwerke mit insgesamt 14.000 Arbeitern und Angestellten und die A.-G. „Christheim Elektrik“. Den Höchster Farbwerken gehört auch die Farbendruck in Kassel und Frankfurt am Main (10.000 Arbeiter). Ihre sämtlichen Fabriken stellen 37 Prozent der in Deutschland produzierten Farben her. Die Aktien-Gesellschaft „Orisheim Elektrik“ umfasst 20 Betriebe mit zusammen 50.000 Arbeitern und Angestellten, in denen hauptsächlich Drahtwaren und Stäbe hergestellt werden. In der letzten Zeit ist die Orisheim-Elektron-Gesellschaft zur Gewinnung von Rohöl aus Kohle übergegangen.

Die Gewinnung von künstlichem flüssigen Brennstoff, der das Naphta für die Explosivmotoren verdrängen soll, soll das Hauptprodukt der ebenfalls zum Anilintrust gehörenden Döckeb-Montan A.-G. bilden. Die größten und ergiebigsten Braunkohlengruben in Mitteleuropa besitzt. Die dort geforderte Braunkohle wird für Raffinerie, aus einem mit russischen Oelen vermischt, die Schmelze und Heißöl verwandelt werden. Durch die Entwicklung dieses Produktionszweiges betreibt sich Deutschland von der Rohölimportier, was nicht nur von großer wirtschaftlicher, sondern auch militärischer Bedeutung ist. Überhaupt ist es festzustellen, daß der Schwerpunkt der wirtschaftlichen und militärischen Macht Deutschlands aus der Schmelze in die chemische Industrie verlagert wird. Dies äußerte sich a. a. darin, daß heute, wie schon erwähnt, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Duisberg ist, der anstelle des Direktors der Kruppwerke gewählt wurde.

Seit Gründung des Anilintrust sind nur wenige Monate verstrichen, und schon reagiert die Börse mit einer starken Kurssteigerung seiner Aktien. Die sogenannte „Königsgrube“ der deutschen Oelen vermischt, die Schmelze und Heißöl verwandelt werden. Durch die Entwicklung dieses Produktionszweiges betreibt sich Deutschland von der Rohölimportier, was nicht nur von großer wirtschaftlicher, sondern auch militärischer Bedeutung ist. Überhaupt ist es festzustellen, daß der Schwerpunkt der wirtschaftlichen und militärischen Macht Deutschlands aus der Schmelze in die chemische Industrie verlagert wird. Dies äußerte sich a. a. darin, daß heute, wie schon erwähnt, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Duisberg ist, der anstelle des Direktors der Kruppwerke gewählt wurde.

Die raue Praxis zeigt jedoch, daß der DIV nur dem Namen nach eine „Einheitsorganisation“ ist. Denn auch die kurzfristige Tarifpolitik — die in ihrem Inhalt eben nicht mit der proletarischen Klassenpolitik identisch ist — zwingt den DIV, kategorisch, dem gewerkschaftlichen Prinzip der Berufsgliederung in irgendeiner Form Rechnung zu tragen. Eine Tarifpolitik, d. h. die Vertretung von Berufsinteressen, kann nämlich nicht geführt werden von einer Organisation, welche die Interessen der gesamten proletarischen Klasse zum Mittelpunkt ihrer Politik macht. Ondernfalls wären auch die Amsterdamer Gewerkschaften noch zu Trägern der proletarischen Klassenbefreiung berufen und müßten also in der Tat revolutioniert werden können. Weil aber die Durchführung der sozialen Revolution eine ausgesprochene proletarische Klassenpolitik und eine dementsprechende Konzentration der Arbeiterschaft gebietet, so ist es notwendig, daß die proletarische Tarifpolitik (ob langfristige oder kurzfristige) und die entsprechenden Formen der Zusammenfassung der Proletariat nicht im Einklang mit den Notwendigkeiten des revolutionären Klassenkampfes der Gegenwart — und deshalb kann auch der an der Tarifpolitik festhaltende DIV nicht die proletarische Organisationsform der kapitalistischen Niedrigerepoche verkörpern.

Das dem so ist, beweist der organisatorische Aufbau des „Deutschen Industrie-Verbandes“. Sein Prinzip der „Einheitsorganisation“ entspringt sich in der Praxis ein Grundsatz gewerkschaftlicher Organisationsformalität, d. h. ebenfalls als „eine Vorspiegelung falscher Tatsachen und Irreführung der Mitglieder“. Um sich nämlich „an das bestehende Kräfteverhältnis“ — d. h. an die Zersplitterung des Proletariats durch die alten Gewerkschaften — „noch anzukleimen“, ist der

der Wesensverwandtschaft mit dem Anilintrust, sondern die Rohstoffe zurückzuführen. Die Monopolisierung des Anilintrust auf den Inland- und zum Teil auch auf den Weltmarkt sichert ihm eine beträchtliche Handelsprofitrate, die seine Profitnorm im Vergleich zu den anderen Zweigen der kapitalistischen Wirtschaft erhöht. Dieser Mehrwert wiederum ziele neues Grundkapital heran. Da aber in der nächsten Zeit auf dem chemischen Warenmarkt ein Zusammenstoß zwischen der deutschen und der nicht weniger rasch wachsenden amerikanischen chemischen Industrie zu erwarten ist, so wird das, abgesehen von den anderen Folgen, auch noch den Verlust des Mehrprofites für den Anilintrust nach sich ziehen.

Bisher haben die deutschen chemischen Arbeiter trotz des scheinbaren Gedeihens des Anilintrust einen verstärkten Druck auszuhalten, der auf sie in Form einer ungesicherten Ausübung der Arbeitskraft ausgeübt wird. Die Ausbeutung erfolgt in der Hauptsache durch Intensivierung der Arbeit und gleichzeitig durch Beseitigung fast aller Arbeiterschutzgarantien. Die Chemiearbeiter, die unmittelbar dem Druck des Anilintrust ausgesetzt sind, verschließen sich einem Ausweg zu schaffen, indem sie zu einer Konferenz der Betriebsräte aller Unternehmungen des Anilintrust aufrufen. Da diese Konferenz eine gewerkschaftliche Basis haben sollte, so war sie von vornherein als gescheitert zu betrachten. Die Gewerkschaften haben auch gleich Konferenz verboten und sie als „verfälscht“ betrachtet. Die Zusammenfassung aller Arbeiter des Trusts, ein Schritt vorwärts in ihrer Beziehung, kann nur stattfinden auf dem Wege der Betriebsorganisation der Allgemeinen Arbeiter-Union. Doch wird es hoffentlich nicht allzu lange dauern, bis dieser Erkenntnis sich bei den Chemie-Arbeitern durchsetzen wird.

Zur Frage der „roten“ Verbände (Fortsetzung)

Die Wesensverwandtschaft der „roten“ Gewerkschaften mit den Amsterdamer Orschformationen kommt klar zum Ausdruck auch in ihrer Organisationsform, die natürlich ganz ihrer von unbeschriebener schillerndere Politik angepaßt ist. Wie die Existenz der alten Gewerkschaften mit der, die proletarische, sich verhalten, so verhalten sich die sogenannten „selbständigen“ Verbände ebenfalls noch mit allen Fasern ihres gesellschaftlichen Seins an die heute überholte Berufslehre gekettet. Ein lehrreiches Beispiel dafür bietet wiederum der „Deutsche Industrie-Verband“. Um in der proletarischen Öffentlichkeit als eine Bewegung darzustellen, die gegenüber dem organisatorischen Aufbau der Berufsgewerkschaften einen Fortschritt verkörpert, nennt sich bekanntlich der DIV, stolz „Einheitsorganisation aller Arbeiter und Angestellten“. Um nun in dieser Hinsicht jeden Zweifel zu zerstören, hat die letzte Beiratskonferenz des DIV, „mit Bedauern festgestellt, daß es in der revolutionären (?) Gewerkschaftsbewegung immer noch Gruppen gibt, die an der Form der beruflichen Zusammenfassung festhalten, weil besonders ihre Führer nicht begreifen wollen, daß heute nicht mehr die Berufsinteressen, sondern die Interessen der gesamten proletarischen Klasse den Mittelpunkt auch für die wirtschaftliche Organisation und ihre Kämpfe bilden.“ Diese Erklärung des DIV ist gerichtet gegen die übrigen „revolutionären“ Gewerkschaften der Schumacher, Kaiser und Schmidke, die angeblich mit „der Umbenennung von Berufsverbänden in Industrieverbände eine Vorspiegelung falscher Tatsachen und Irreführung der Mitglieder“ betreiben. Die wirklich „revolutionäre Einheitsorganisation“ ist nur der „Deutsche Industrie-Verband“ und selbst jene „immer noch auf dem Boden der Berufsorganisation verharrenden“ „selbständigen“ Verbände für das Bauwerk, Bekleidungs- und Textilgewerbe usw., ruf Paul Weyer warnt aus.

Die raue Praxis zeigt jedoch, daß der DIV nur dem Namen nach eine „Einheitsorganisation“ ist. Denn auch die kurzfristige Tarifpolitik — die in ihrem Inhalt eben nicht mit der proletarischen Klassenpolitik identisch ist — zwingt den DIV, kategorisch, dem gewerkschaftlichen Prinzip der Berufsgliederung in irgendeiner Form Rechnung zu tragen. Eine Tarifpolitik, d. h. die Vertretung von Berufsinteressen, kann nämlich nicht geführt werden von einer Organisation, welche die Interessen der gesamten proletarischen Klasse zum Mittelpunkt ihrer Politik macht. Ondernfalls wären auch die Amsterdamer Gewerkschaften noch zu Trägern der proletarischen Klassenbefreiung berufen und müßten also in der Tat revolutioniert werden können. Weil aber die Durchführung der sozialen Revolution eine ausgesprochene proletarische Klassenpolitik und eine dementsprechende Konzentration der Arbeiterschaft gebietet, so ist es notwendig, daß die proletarische Tarifpolitik (ob langfristige oder kurzfristige) und die entsprechenden Formen der Zusammenfassung der Proletariat nicht im Einklang mit den Notwendigkeiten des revolutionären Klassenkampfes der Gegenwart — und deshalb kann auch der an der Tarifpolitik festhaltende DIV nicht die proletarische Organisationsform der kapitalistischen Niedrigerepoche verkörpern.

Das dem so ist, beweist der organisatorische Aufbau des „Deutschen Industrie-Verbandes“. Sein Prinzip der „Einheitsorganisation“ entspringt sich in der Praxis ein Grundsatz gewerkschaftlicher Organisationsformalität, d. h. ebenfalls als „eine Vorspiegelung falscher Tatsachen und Irreführung der Mitglieder“. Um sich nämlich „an das bestehende Kräfteverhältnis“ — d. h. an die Zersplitterung des Proletariats durch die alten Gewerkschaften — „noch anzukleimen“, ist der

* Siehe auch Nr. 95 und 96 der „KAZ“.

DIV in Berufsgruppen eingeteilt. Bis jetzt bestehen neun Sektionen (Bergbau, Metall, Holz, Chemie, Bau, Textil usw.), in welche die DIV-Mitglieder je nach Beruf eingeteilt werden. Daß die Weyersche „Einheitsorganisation“ statutenmäßig erst in neun Teilmitteln liegt daran, weil sie noch nicht alle Schichten des Proletariats umfaßt. Die Anerkennung der Notwendigkeit der beruflichen Gliederung der Arbeiterklasse ist jedoch der Punkt, welcher der Organisationsform des DIV, den Stempel ausdrückt. Einmal die reformistische Form der Berufsgliederung zum Prinzip erhoben, wird muß die Zahl der Berufssektionen des DIV, in dem Maße wachsen, wie er in den Arbeitermassen an Einfluß gewinnt. Denn die Mitglieder jeder neu hinzukommenden Berufsgruppe haben denselben Anspruch auf Schaffung einer eigenen Sektion, wie die bereits vorhandenen Berufssektionen. Und die Sektionspolitik des DIV, haben faktisch gar kein Argument in der Hand, um gegen die Bildung von Branchen etwa der Landarbeiter, Glasbläser, Topfer, Fensterputzer, kaufmännischen und technischen Angestellten usw. aufzutreten. Der Sinn und Zweck dieser beruflichen Zergliederung des DIV, kann natürlich nur sein, die notwendige organisatorische Grundlage für eine auf Berufslehre basierende Politik abzugeben. Daraus ergibt sich hinsichtlich der Organisationsform des DIV, ein Unterschied zwischen DIV, und einer Gewerkschaft ist lediglich der, daß der DIV, infolge seiner Zersplitterung nicht eine so vollendete berufliche Zersplitterung der proletarischen Klassenkräfte betreiben kann wie der ADGB, bei wachsendem Einfluß aber auf den besten Wege dazu ist; und zweitens: der Unterschied zwischen der Weyerschen Organisation und den Kaiser- und Schumacher-Gewerkschaften besteht nur darin, daß letztere sich bloß auf die Erfassung einer Berufsgruppe beschränken, während der DIV, der Reibung für alle Berufsgruppen sein will und so gewissermaßen den „revolutionären“ ADGB, in Miniaturform darstellt.

Die Berufsgliederung des DIV, entspringt lebensnotwendig seiner Tarifpolitik, welche ihm verleiht, „die Interessen der gesamten proletarischen Klasse zum Ausgangspunkt seiner Kämpfe zu machen. Der Angelpunkt des DIV, sind eben die heute nicht mehr ausschlaggebenden Berufsinteressen, d. h. der Kampf um Abschluß von (kurzfristigen) Tarifverträgen. Und hier muß sich im Ernstfall praktisch zeigen, daß die Arbeiterschaft mit der DIV, „Einheitsorganisation“ genau so in die Sackgasse hineinschliddert wie mit dem Amsterdamer Orschbund. Sobald nämlich der DIV, sein Ziel: sich neben den ADGB-Sektionen als Tarifkontrakt zu betätigen, erreicht hat, kann er sich ebenso wenig nach den Interessen der gesamten proletarischen Klasse richten wie die alten Gewerkschaften. Angenommen, der DIV, hat für seine einzelnen Berufsgruppen Tarife abgeschlossen. Es kommt zu einem Konflikt der Gruppe Holzarbeiter-Unternehmer, Streik für Unterstützung aktive Solidarität, d. h. Sympathiestreiks von den übrigen Sektionen des DIV, — was nun? Kann die Leitung des DIV, alle Kräfte der Organisation in die Wagschale werfen? Nein, sie kann es nicht. Sie muß die streikenden Holzarbeiter allein lassen, denn ihr sind ja durch die laufenden Tarifverträge der übrigen Berufsgruppen die Hände gebunden. Der DIV, kann der Unternehmeroffensive nicht seine geschlossene Macht entgegenstellen, wenn er nicht die Kosten dauernder Tarifbrüche und damit den Verlust seiner Stellung als Tarifkontrakt auf sich nehmen will. Die DIV-Führer müssen in solchen praktischen Fällen die zur Tatsolidarität bereiten Proletariat vor „Tarifbruch“ warnen — genau wie die Amsterdamer Gewerkschaftsbonzen im Streik der Hamburger Hafenarbeiter!

Es ist also weiter nichts als „eine Vorspiegelung falscher Tatsachen und Irreführung der Mitglieder“, wenn die Führer des DIV, versichern, im Gegensatz zum ADGB, wie den Kaiser- und Schumacher-Verbänden, die Interessen der gesamten proletarischen Klasse“ zu vertreten. Das System der Tarifpolitik, der Beteiligung an den bürgerlichen Schwindelratten und der Unterstützung des parlamentarischen Massenkaufs und der Unterstellung des parlamentarischen Massenkaufs zu übernehmen. Wo immer die Proletariat in den revolutionären Kampf treten wollen für ihre ureigenen Klasseninteressen, da werden sie feststellen müssen, daß der DIV, nicht, sondern weit hinten im kugelsicheren Gelände der opportunistischen Realpolitik sich herummäht. Denn sobald der „Deutsche Industrie-Verband“ in die Fregone des revolutionären Klassenkampfes tritt, wird er als „eine Vorspiegelung falscher Tatsachen und Irreführung der Mitglieder“ betrachtet. Die wirklich „revolutionäre Einheitsorganisation“ ist nur der „Deutsche Industrie-Verband“ und selbst jene „immer noch auf dem Boden der Berufsorganisation verharrenden“ „selbständigen“ Verbände für das Bauwerk, Bekleidungs- und Textilgewerbe usw., ruf Paul Weyer warnt aus.

(Schluß folgt.)

Proletarisches Notizbuch

Militärkader in Litauen. WTB, M e n e l, 17. Dezember. Wie das „Memeler Dampfboot“ zuverlässig erfährt, ist heute nach 3 Uhr die bisherige Regierung in Kowno gestürzt, und festgenommen worden. Die Ziele der neuen litauischen Regierung sind in der Hand haben. — Ueber den Staatsstreich in Litauen teilt die Lettische Telegraphen-Agentur mit: Die gesamte Gewalt ist auf die neue vorläufige Militärregierung übergegangen, die den Kriegszustand in ganz Litauen proklamiert.

Gefährdete Streikbrüchlinge. Nach einer Meldung der „Berzwerkszeitung“ sind bereits die ersten englischen Kohlenladungen für Hamburger Kohlenimportfirmen in Hamburg eingetroffen. Die oberösterreichischen Zechenbesitzer haben in einer persönlichen Besprechung mit dem Arbeitsminister erklärt, daß sie unter keinen Umständen die von den Bergarbeitern geforderte Lohnerhöhung bewilligen würden. Die Regierung hat darauf die Schiedsgerichtskommission nach Kattowitz einberufen. — Die demokratische Peitsche liegt immer beim Hund. Der Schiedspruch in der bayerischen Metallindustrie steht die Fortgeltung der bisherigen Tariflöhne vor.

Streik in Wien. Bei einer Demonstrationssammlung von etwa 2000 Arbeitslosen vor dem Rathaus kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Die Polizei löste den Demonstrationssatz auf, 15 Demonstranten wurden verhaftet.

Streik auf einem französischen Dampfer. Wie die Blätter melden, meuterte auf dem im Badepeter Hafen eingehauenen französischen Dampfer „Pasten“ die Mannschaft gegen die Ausübung der Befehle ihres Vorgesetzten aus Budapest auszuführen. Der Kapitän ersuchte die Budapest Polizei um Hilfe. Die beiden „Rädelstörer“ wurden von der ungarischen Polizei abgeführt.

„Rote Jugend“ kann nicht mehr erscheinen, wenn nicht sofort alle rückständigen Nummern abgerechnet werden.

Verantwortlich für den Inhalt verantwortlich: Karl Pöhl, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Lindstedt, Berlin O. 17, Lassestraße 79.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisation der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lützow-Platz 13.

Dezember 1926
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 628 42.
Buchhandl. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lützow-Platz 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

„Regierungskrise“

In dem Labyrinth der Zeitungsdiskussion findet sich der proletarische Leser natürlich nicht zurecht. Er findet vor lauter „Sachlichkeit“ und „Logik“ — den Kern der Sache nicht. Und doch ist diese „parlamentarische Krise“ — trotzdem sie von den üblichen Stürmen im parlamentarischen Wasserglas in ihren Grundzügen abweicht — das schließliche Ergebnis einer klar sichtbaren, hinter uns liegenden Entwicklung und des aus dieser Entwicklung resultierenden Interessenkampfes der Parteien der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft.

Als hervorstechendes charakteristisches Merkmal springt ins Auge, daß die Sozialdemokratie dieser Regierung ihr Mißtrauen ausspricht ohne — selbst vom Standpunkt ihrer kleinbürgerlich-reaktionären Politik — sichtbaren Grund. Die Sozialdemokratie hat als einen ihrer größten Erfolge in die Welt hinausposaunt die Außenpolitik des Kabinetts Marx-Stresemann, die angeblich eine rein sozialdemokratische Politik ist. Hier bock sich also gar keine Angriffsfläche, und die Sozialdemokratie hielt die Fortführung dieser Politik für so wichtig, daß sie bis vor kurzem alle innenpolitischen „Seitensprünge“, das heißt den in jeder Hinsicht reaktionären Kurs gegen die Arbeiterklasse, billigte, und ihn als „kleines Übel“ gern mit in den Kauf nahm. Als „Begründung“ für ihr Mißtrauensvotum wurde denn auch die Reichswehr herangezogen. Aber der Sozialdemokratie waren die Dinge in der Reichswehr seit Jahren bekannt, wie sie auch in die Verbindungen wirtschaftlicher und militärischer Art mit Rußland eingeweiht war. Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß das „Berliner Tageblatt“ ausführlich darüber berichtet, daß Ebert in die „Enthüllungen“ des „Manchester Guardian“ eingeweiht war, sowie auch die Reichswehr Außenminister und Staatssekretäre. Der „Vorwärts“ vom 18. Dezember betont ausdrücklich, daß Scheidemann als Redner der sozialdemokratischen Fraktion unterschied zwischen dem, was w a r, und dem, was i s t. „Er hatte für Vergangenes aus stürmischen Zeiten Worte des Verständnisses gefunden.“ Damit ist bewiesen, daß das „Mißtrauen“ der Sozialdemokratie sich auf Dinge stützte, die lange schon für sie bekannt waren. Sie kam jetzt damit heraus, weil sie eine Begründung haben mußte für ihr Mißtrauensvotum. Es kommt also darauf an, zu untersuchen, warum die Sozialdemokratie gerade jetzt, und nicht früher ihr „Material“ brachte, um die Regierung zu stürzen.

Das Kabinetts Stresemann als der Sachwalter der deutschen Bourgeoisie hatte in seiner Außenpolitik von Anfang an zwei Eisen im Feuer. Es blickte mit einem Auge gegen Osten, mit dem anderen gegen Westen. Die Sozialdemokratie legte dieser „doppelten Buchführung“ auch keine Schwierigkeiten in den Weg. Als aber die deutsche Bourgeoisie im Januar 1925 ihre politische Handfreiheit wiedergewann — der erste greifbare Erfolg sozialdemokratischer Außenpolitik — fühlte sich die deutsche Bourgeoisie wieder kräftig genug, ohne die Krücken der II. Internationale zu gehen. Das englische Kapital verhalf — weil es eine Stütze im Rücken seines französischen Rivalen gebrauchte, — dem deutschen Kapital zu einem ersten tiefen Luftholen. Allerdings antwortete das deutsche Kapital sofort mit dem Berliner Vertrag und begann seine Kräfte zu neuen Vorhaben zu sammeln. Es sei nur an die Versuche in Südtirol erinnert. Es trat in Genf stets auf mit der Versicherung von „Verständigung“, aber zugleich mit dem deutsch-russischen Vertrag in der Tasche. Die gesamte europäische Krise schuf aber den Zwang, das deutsche Kapital in den Völkerverbund zu nehmen, um es für seine Verpflichtungen zu binden. Die dadurch bedingte wachsende Ellenbogenfreiheit, wozu der Weg der Handelsverträge waren, erschien auch immer mehr den Deutschennationalen als der einzig mögliche Weg. Sie setzten dem Stresemann-Kabinetts keinen aktiven Widerstand mehr, höchstens eine nationalstische Geste entgegen. So wurde doch die sozialdemokratische Außenpolitik immer mehr der Weg gebahnt zu einer Zusammenführung und Lierung der Interessen des Industriekapitals und der Agrarier. Ein wirklicher Grund der Deutschennationalen der Regierung fernzubleiben, liegt nicht vor. Es spielt

Kapitalsoffensive und Schlichtungsspeitsche

Aussperrung in der Schuhindustrie

In Frankfurt beschloß eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Deutschen Schuh- und Schäfte-Fabrikanten die Generalaussperrung. Die Arbeiter sämtlicher Verbandsbetriebe sollen am 22. Dezember zum 8. Januar 1927 gekündigt werden. Der Vorstand des Zentralverbandes der Schuhmacher hat die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts beantragt. In Weilenfels haben die Schuhindustriellen bereits die Aussperrung vollzogen, es kommen 3600 Arbeiter in Frage. Wenn die Arbeiter der Schuhindustrie den Schiedsbruch von stinken Pfennigen nicht schlucken, stehen 150.000 Arbeiter vor der Aussperrung.

Schiedssprüche in der sächsischen Textilindustrie

In sächsischen Arbeitsministerium wurde im Lohnstreik der mittelsächsischen und der sächsisch-ostthüringischen Textilindustrie folgender Schiedspruch gefällt: Die tariflichen Grundlöhne werden vom 1. Januar 1927 ab um 6 Prozent erhöht. Die neuen Löhne sollen bis zum 30. September 1927 Geltung haben. Sie sollen auch für die sächsisch-büdingischen Kammergenossinnen in Anwendung kommen.

Saarbrücken streiken 6000 Eisenbahner

In Saarbrücken streiken 6000 Eisenbahner. Auch die Eisenbahner von Neunkirchen streiken einzeln im Streik.

Hamburg

In der Versammlung der Sektion Halenarbeiter des Deutschen Verkehrs-Bundes wandten sich, abgesehen von einer Ausnahme, sämtliche Diskussionsredner gegen die Annahme des skandalösen Schiedspruchs durch die Leitung des Deutschen Verkehrs-Bundes. Gegen die Lohnkommission wurde einstimmig ein Mißtrauensantrag angenommen.

Polizeiattentat gegen Erwerbslose in Steffin

Die letzte Stadtverordnetenversammlung hatte beschlossen, den Erwerbslosen dieselbe Wohnnachtheiligkeit zu zahlen, wie den Beamten. Der Magistrat stürzte sich jedoch daran nicht und lehnte glatt ab. 4 Stunden standen die Erwerbslosen vor dem Rathaus in strömendem Regen. Als die Massen gegen diese demokratische Protestaktion, schlug die Polizei die Versammlung mit dem Gummiknüppel auseinander und nahm Verhaftungen vor.

Nachdem die Versammlung geschlossen war, attackierte die Polizei die dicht gedrängte Menschenmenge und schlug mit dem Gummiknüppel auf die Massen ein. Eine Anzahl Verhaftungen wurde durch die Polizei vorgenommen.

Immer wieder zeigt sich, daß der Kampf gegen die völlige Verelendung zugleich ein Kampf gegen Schlichtungsspeitsche und Gewerkschaftshypothek ist. Schlichtungsspeitsche und Gewerkschaftspropaganda ziehen den „Rahmen“, in dem sich der gefesselte Riese ausstoben, einen Schiedspruch von sechs (!) Pfennigen für ein Jahr bindend machen soll, wo die Ausbeuter es in der Hand haben durch die Methoden des indirekten Lohnabbaues vermittelte der „technischen Verbesserung“ die Löhne in Wochen um ein vielfaches zu drücken. Erwerbslose werden mit Beschlüssen parlamentarischer Gesetzmacher geködert und die Kehreite der Demokratie ist der Gummiknüppel der „Brüder im Waffenrock“ für deren gute Verpflegung die KPD-Bonzen sich so kräftig ins Zeug legen. Brutal und ohne jede Sentimentalität stellt die Demokratie den „Frieden auf Erden“ her, den Ausbeutern zum Wohlgefallen. Steigende Konjunktur, steigender Profit — aber zugleich steigende Arbeitslosigkeit! Steigende Rationalisierung, und somit Steigerung des Widerspruchs zwischen kapitalistischer Produktion und bescheidenstem Sklavendasein.

So wird immer neu die Empörung geboren werden — aber sie bleibt hilflose Rebellion, so lange die Massen nicht erkennen, daß ihre Rettung über die Sprengung dieser „Ordnung“ führt, und ihr Kampf ein Kampf sein muß gegen demokratisch-parlamentarische Fesseln. Ein Kampf unter der Losung des Bruches mit jeder Verpflichtung gegen die Geldsackrepublik und der von ihr abhängigen Parlamentsparteien und Gewerkschaften, mit dem Ziel der Befreiung aus den Klauen einer Ausbeuter-Gesellschaft, die ihre Sklaven nicht mehr ernähren kann.

lediglich nur die Frage eine Rolle, ob mit der Sozialdemokratie, wie die Silberberggruppe, regiert werden soll, — oder ohne sie, wie Scholz es in seiner Insterburger Rede forderte. Die Tendenz der Entwicklung ist die: Entweder große Koalition von den Deutschennationalen bis zur Sozialdemokratie, oder „Bürgerblock“ gegen sie. Wie diese Tatsache durch eine parlamentarische Konstruktion verschleiert wird, ist von ganz nebensächlicher Bedeutung.

Die Sozialdemokratie ist jedoch dazu verurteilt, um jeden Preis den Weg der Koalition zu beschreiten. Ihre Außenpolitik hat zu Resultaten geführt — weil sie eben bürgerlich-kapitalistisch ist und als Grundlage die Grenze kapitalistischer Entwicklung hat — die die Deutschennationalen heute unterschreiben. Als Oppositionspartei kann die Sozialdemokratie aber nicht existieren. Ihr Programm ist die Demokratie, und diese Demokratie verpflichtet sie, „so viel Macht“ zu ergreifen, wie eben „möglich“ ist. Es gibt im Grunde genommen keinen Unterschied zwischen „großer“ und „kleiner“ Koalition“. In dem Moment, wo die Sozialdemokratie den Deutschennationalen ihren „Anteil“ an der „Macht“ streitig machen will, wird sie ihr eigenes Programm über Bord und gibt die Handhabe dafür, selbst von der Teilnahme an der Demokratie ausgeschlossen zu werden. Diese bezwingende Logik hat die Sozialdemokratie auch schon lange begriffen. Ihr Kampf geht nicht gegen die große Koalition, sondern ihr Kampf — und das ist der Sinn ihrer Regierungsgestaltung — geht dahin, die Große Koalition zu kommen. Der Weg sollte die „stille“ Koalition sein, aber die Gegenkräfte haben dieses parlamentarische Kunststückchen in kurzer Zeit licherlich gemacht. Die Zustimmung der Deutschennationalen zu dem sozialdemokratischen Mißtrauensvotum war ebenfalls kein Mißtrauen gegen die Politik der Regierung, und erst recht nicht gegen Geßler, sondern der Stoß, um den Weg frei

zu machen für den Einschluß der Deutschennationalen in die Regierung. Hinzu kommt noch, daß die erwachende deutsche Bourgeoisie ihr militärisches Werkzeug, die Reichswehr, hütet wie ihren Augapfel und gerade der Angriff auf die Reichswehr vonseiten der Sozialdemokratie auf eine gezielte Abwehr der bürgerlichen Parteien stößt. Die Politik der Sozialdemokratie hat so selbst vom Standpunkt des parlamentarischen Kretinismus dahin geführt, daß die Deutschennationalen die Früchte dieser Politik ernten, und die Sozialdemokratie, um nicht ganz ausgeschaltet zu werden zu einem Zeitpunkt, und an einem Objekt ihre Opposition zur Geltung bringen muß, daß ihren eigenen Bankrott nur zu deutlich offenbar werden läßt.

Zu diesem kommt dann noch die Tatsache, daß die weitere Oppositionstellung der Sozialdemokratie infolge der fortschreitenden kapitalistischen Krise noch eine andere Logik hat. Die Tatsache der Opposition als Partei schafft innerhalb der eigenen Reihen eine Oppositionsstimmung gegen die kapitalistische Regierung und die Kapitalsoffensive gegen die Arbeiterklasse. Wenn der Weg „zur Macht“ durch die „Demokratie“ versperrt ist, der Krieg gegen das Proletariat sich jedoch steigert, werden die Arbeiter mit der Nase auf die profane Tatsache gestoßen, daß es noch einen anderen „Weg“ zur Macht gibt, den der Solidarität der Arbeiter und der Kampf gegen den Kapitalismus und seinen Staat! Die riesenhafte anschwellende Arbeitslosigkeit, die brutale Regierungsgestaltung — geht dahin, die Große Koalition zu kommen. Der Weg sollte die „stille“ Koalition sein, aber die Gegenkräfte haben dieses parlamentarische Kunststückchen in kurzer Zeit licherlich gemacht. Die Zustimmung der Deutschennationalen zu dem sozialdemokratischen Mißtrauensvotum war ebenfalls kein Mißtrauen gegen die Politik der Regierung, und erst recht nicht gegen Geßler, sondern der Stoß, um den Weg frei

Das beste Geschenk ist ein gutes Buch

Genossen! Deckt euren Bedarf in eurer Buchhandlung!

Wir führen am Lager:

Kommunistische, sozialistische, wissenschaftliche und schöngelische Literatur Sozialpolitische und naturwissenschaftliche Schriften

Romane — Erzählungen

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur
Berlin SO. 36 — Lützow-Platz 13